



## Medienmitteilung: Rohstoff

Datum: Mittwoch 04.12.2019  
Sperrfrist: 09.00 (nach der Rede im Erstrat)

---

# Bundesrat präsentiert seine Ziele für das Jahr 2020

**Am 4. Dezember 2019 hat Bundespräsident Ueli Maurer im Nationalrat die Ziele des Bundesrats für das Jahr 2020 präsentiert. Diese sind auf die drei Leitlinien der Legislaturperiode 2019–2023 abgestimmt. Es stehen dabei folgende Schwerpunkte im Vordergrund:**

### Leitlinie 1: Wohlstand

In der **Finanzpolitik** wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zum Bundesgesetz über administrative Erleichterungen und die Entlastung des Bundeshaushalts (strukturelle Reformen) verabschieden. Dabei geht es um Massnahmen für strukturelle Reformen und Optimierungen in der Verwaltung, welche Gesetzesänderungen erfordern. Ferner wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zur Totalrevision des Zollgesetzes verabschieden. Er schafft damit die Grundlagen für die Überführung der Eidgenössischen Zollverwaltung ins digitale Zeitalter.

In der **Steuerpolitik** wird der Bundesrat 2020 die Vernehmlassung zu einer Reform der Mehrwertsteuer eröffnen. Hierbei geht es beispielsweise um die mehrwertsteuerliche Behandlung von Subventionen und die Mehrwertsteuererhebung durch Internet-Plattformen. Sodann wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zum Bundesgesetz über elektronische Verfahren im Steuerbereich verabschieden. Mit dieser Vorlage sollen die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Digitalisierung zu erleichtern. Weiter wird der Bundesrat 2020 die Haltung der Schweiz im OECD-Projekt «Massnahmen zur Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft» festlegen und die Position der Schweiz zum Schlussbericht der OECD verabschieden.

Bezüglich **Digitalisierung** wird der Bundesrat 2020 über die Weiterentwicklung seiner Strategie «Digitale Schweiz» befinden. Weiter wird der Bundesrat 2020 die IKT-Strategie des Bundes für die Jahre 2020 bis 2023 verabschieden. Er legt damit die strategischen Ziele und Massnahmen zur Funktion und Organisation der Bundesinformatik fest. Sodann wird der Bundesrat 2020 die Strategie «Hybrid-Cloud des Bundes» verabschieden. Er legt damit die Ausrichtung der Nutzung von bundesinternen und externen Cloud-Diensten sowie ihr Zusammenspiel fest. Ferner wird der Bundesrat 2020 eine Aussprache über die zur Förderung der Verbreitung des elektronischen Patientendossiers und der digitalen Transformation des Gesundheitswesens Schweiz notwendigen Massnahmen und Ressourcen führen. Des Weiteren wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zu einer gesetzlichen Grundlage für die Beteiligung des Bundes an der Zusammenarbeit der öffentlichen Hand im Bereich des E-Government verabschieden. Schliesslich wird der Bundesrat 2020 eine nationale Geoinformationsstrategie verabschieden. Diese Strategie erfolgt in Umsetzung der Eckwerte für eine Datenpolitik der Schweiz von 2018.

In der **Wirtschaftspolitik** wird der Bundesrat die Botschaft zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) verabschieden. Mit den Änderungen im VAG sollen ein Sanierungsrecht für Versicherungsunternehmen sowie ein kundenschutzbasiertes Regulierungs- und Aufsichtskonzept eingeführt werden. Weiter wird der Bundesrat 2020 die Botschaft betreffend ZGB-Revision zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge im Erbrecht verabschieden. Die Revision trägt zu einer höheren Stabilität von Unternehmen und zu einer Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Sodann wird der Bundesrat 2020 eine Vernehmlassungsvorlage zu einem Bundesgesetz über die administrative Entlastung der Unternehmen verabschieden. Damit sollen Prinzipien und Instrumente verankert werden, um die administrative Belastung der Unternehmen durch bestehende und neue Regulierungen zu senken. Ferner wird der Bundesrat 2020 den Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen des Berichts «Rohstoffsektor Schweiz: Standortbestimmung und Perspektiven» gutheissen. Er wird damit die Stellung der Schweiz als eines wirtschaftlich wettbewerbsfähigen und gesellschaftlich verantwortungsvollen Standorts stärken.

In der **Aussenwirtschaftspolitik** wird sich der Bundesrat 2020 weiterhin für den Ausbau und die Weiterentwicklung des Netzes von Freihandelsabkommen (FHA) einsetzen. Dazu wird er 2020 die Botschaft zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und den MERCOSUR-Staaten verabschieden. Die Verhandlungen über FHA mit Indien, Malaysia und Vietnam sollen wenn möglich 2020 abgeschlossen und die Abkommen unterzeichnet werden. Die Gespräche mit Kanada im Hinblick auf eine mögliche Weiterentwicklung des bestehenden Abkommens sowie die exploratorischen Handelsgespräche mit den USA sollen 2020 abgeschlossen werden; und der Bundesrat wird über eine mögliche Aufnahme von Verhandlungen mit diesen Partnern entscheiden. Ausserdem wird er sich für die Erhaltung und die Weiterentwicklung des bestehenden Zugangs zum Binnenmarkt der EU einsetzen. Dazu wird er sich für die Aktualisierung bestehender Marktzugangsabkommen und bei gegenseitigem Interesse für den Abschluss neuer Abkommen mit der EU einsetzen. Sodann wird der Bundesrat 2020 die bestehende Aussenwirtschaftsstrategie überprüfen, Defizite identifizieren und im Rahmen einer erneuerten und durch den Bundesrat verabschiedeten Aussenwirtschaftsstrategie gezielte Massnahmen vorsehen. Ferner wird der Bundesrat 2020 an den laufenden Verhandlungen im Rahmen der WTO zum Digitalen Handel und zur Investitionserleichterung aktiv teilnehmen.

Bezüglich «**Brexit**» wird der Bundesrat 2020 das Handelsabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich vom 11. Februar 2019 vom Parlament genehmigen lassen und ratifizieren. Gleichzeitig wird er Gespräche über den Ausbau und die langfristige Ausgestaltung der bilateralen Handelsbeziehungen führen.

In der **Bildungs- und Forschungspolitik** wird der Bundesrat 2020 mit der Verabschiedung der BFI-Botschaft 2021–2024 seine Förderpolitik sowie die für die Umsetzung benötigten Mittel für die Bereiche Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021 bis 2024 festlegen. Weiter wird der Bundesrat 2020 die Finanzierungsbotschaft betreffend Massnahmen der EU im Bereich Forschung und Innovation für die Jahre 2021 bis 2027 verabschieden. Mit dieser Botschaft beantragt der Bundesrat einen Kredit für die Beteiligung der Schweiz am nächsten EU-Forschungsrahmenprogramm «Horizon Europe», am Euratom-Programm, dem ITER-Projekt und eventuell weiteren europäischen Initiativen wie beispielsweise dem Digital Europe Programme.

In der **Verkehrspolitik** wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zur Finanzierung des Betriebs, des Substanzerhalts und der Systemaufgaben der Bahninfrastruktur und der privaten Güterverkehrsanlagen in den Jahren 2021 bis 2024 verabschieden. Die Botschaft wird die Ziele für die genannten Bereiche sowie die dafür benötigten Finanzmittel für die Jahre 2021 bis 2024 beinhalten. Weiter wird der Bundesrat 2020 die Vernehmlassung zur Übernahme des vierten EU-Eisenbahnpakets und zum Beitritt zur Eisenbahnagentur der EU (ERA) eröffnen. Im Zuge des vierten Eisenbahnpakets mit der sogenannten «technischen Säule» hat die ERA im Sinne der europäischen Harmonisierung eine zentrale Rolle im Bereich Sicherheit und Interoperabilität inne.

## **Leitlinie 2: Zusammenhalt**

In der **Medienpolitik** wird der Bundesrat, wie im Massnahmenpaket zur Medienförderung vorgesehen, 2020 die Botschaft zur Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) inklusive Anpassungen am Postgesetz (PG) verabschieden. Die Teilrevision bringt Anpassungen an die

veränderte Mediennutzung sowie die geänderten Rahmenbedingungen für die elektronischen Medien mit Ausweitung auf Online-Medien und gleichzeitig mit Unterstützungsmassnahmen für die gesamte Medienbranche.

In der **Kulturpolitik** wird der Bundesrat 2020 die Kulturbotschaft 2021–2024 verabschieden. Die Kulturbotschaft legt die Zielsetzungen und die Finanzierung der Kulturpolitik des Bundes für die nächste Förderperiode fest.

In der **Gesellschaftspolitik** wird der Bundesrat 2020 eine Botschaft zu einem neuen Rahmenkredit für die Wohnraumförderung verabschieden. Ziel ist es, weiterhin die Anleihen der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger (EGW) zu verbürgen und so den EGW-Mitgliedern eine langfristige Finanzierung ihrer Liegenschaften zu günstigen Zinskonditionen zu ermöglichen.

In der **Sportpolitik** wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zu einem Verpflichtungskredit zur Ausrichtung von Finanzhilfen an Sportanlagen von nationaler Bedeutung (NASAK 5) verabschieden. Damit will der Bundesrat seine Finanzhilfen an Sportanlagen von nationaler Bedeutung weiterführen.

In der **Sozialpolitik** wird der Bundesrat 2020 die die Botschaft zur Reform der beruflichen Vorsorge verabschieden. Damit die finanzielle Stabilität der beruflichen Vorsorge gewährleistet ist, muss der Mindestumwandlungssatz gesenkt werden. Mit Ausgleichsmassnahmen soll das Rentenniveau gehalten werden können. Weiter wird der Bundesrat 2020 die Vernehmlassung zur Anpassung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) eröffnen. Die Anpassung der IVV sowie die Schaffung allfälliger neuer Verordnungen sind Teil der Umsetzung der Weiterentwicklung der IV.

In der **Gesundheitspolitik** wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zur Änderung des KVG (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2) verabschieden. Schwerpunkte dieses zweiten Pakets sind die Zielvorgabe für das OKP-Wachstum, weitere Massnahmen zur Kostendämpfung im Arzneimittelbereich sowie die Förderung der koordinierten Versorgung. Weiter wird der Bundesrat 2020 zur Umsetzung der Änderung des KVG zur Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit die KVV entsprechend anpassen und diese Änderungen auf den 1. Januar 2021 in Kraft setzen.

In der **Aussenpolitik** wird der Bundesrat den strategischen Rahmen für die Jahre 2020 bis 2023 festlegen. In seiner aussenpolitischen Strategie 2020–2023 legt er unter anderem die aussenpolitischen Prioritäten in den Bereichen Wohlstand, Frieden und Sicherheit, Nachhaltigkeit und digitale Gouvernanz sowie in Bezug zu Schwerpunktregionen und den globalen Schwerpunktländern dar. Ebenfalls wird der Bundesrat 2020 die Strategie Landeskommunikation für die Jahre 2020 bis 2023 verabschieden. Weiter wird der Bundesrat 2020 einen Bericht gutheissen, bei dem es um die Frage des Einbezugs des Parlaments betreffend Vorbereitungen für die Schweizer Kandidatur zur Einsitznahme als Mitglied des UNO-Sicherheitsrats für die Jahre 2023 bis 2024 geht.

Betreffend «**internationales Genf**» werden im Jahr 2020 allfällige Anträge der ITU und der IOM um Darlehen für Planungs- und / oder Renovierungsvorhaben an ihren Sitzgebäuden dem Bundesrat zur Prüfung vorgelegt. Als Massnahme zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat setzt sich die Schweiz namentlich dafür ein, die bauliche Infrastruktur der internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz zu verbessern.

In der **Entwicklungspolitik** wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 (IZA-Strategie 2021–2024) verabschieden, welche den strategischen Rahmen für die humanitäre Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit sowie die Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit setzt. Die Entwicklungszusammenarbeit soll stärker fokussiert und dadurch wirkungsvoller werden. In Zukunft soll zudem die strategische Verknüpfung zwischen internationaler Zusammenarbeit und Migrationspolitik sowie das Engagement für Klima und Umwelt verstärkt werden. Weiter wird der Bundesrat 2020 zur Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 umfassend Bilanz ziehen und dem Parlament seinen Schlussbericht unterbreiten.

In der **Europapolitik** setzt die Entwicklung und Konsolidierung des bilateralen Weges die Festlegung eines institutionellen Rahmens voraus. Eine Lösung für die institutionellen Fragen mit der

EU muss gefunden und gebilligt werden, damit neue Marktzugangsabkommen abgeschlossen werden können, um die bestehenden Abkommen zu aktualisieren und um den bilateralen Weg im Interesse der Schweiz fortzusetzen. Der Bundesrat wird den 2019 eingeleiteten Prozess im Jahr 2020 mit Blick auf den Abschluss eines institutionellen Abkommens (InstA) und die Verabschiedung der diesbezüglichen Botschaft fortsetzen. Weiter wird der Bundesrat 2020 die Weiterentwicklung und Konsolidierung der bilateralen Abkommen fortsetzen. Er wird die Interessen der Schweiz gegenüber der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten der EU wahren.

### **Leitlinie 3: Sicherheit**

In der **Migrationspolitik** wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zum einfachen Bundesbeschluss zum UNO-Migrationspakt verabschieden. Darin wird er darlegen, dass der UNO-Migrationspakt den Interessen der Schweiz im Migrationsbereich entspricht, da die Schweiz auf internationale Zusammenarbeit angewiesen ist, zum Beispiel im Bereich der Reduktion irregulärer Migration, der Stärkung des Schutzes in den Herkunftsregionen oder der zielführenden Umsetzung der Rückkehr.

Der Bundesrat will 2020 **Kriminalität** und **Terrorismus** wirksamer und rascher bekämpfen, indem die Schweiz an der Prümer Polizeikooperation der EU-Mitgliedstaaten teilnimmt, indem den Schweizer Strafverfolgungsbehörden Zugang zur Datenbank Eurodac gewährt wird und indem mit den USA ein der Prümer Zusammenarbeit gleichwertiges Abkommen zur Verhinderung und Bekämpfung von Schwermriminalität und Terrorismus abgeschlossen wird. Weiter wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zur Änderung des DNA-Profil-Gesetzes verabschieden. Damit wird im Strafprozessrecht die Phänotypisierung eingeführt.

In der **Sicherheitspolitik** wird der Bundesrat 2020 die jährliche Armeebotschaft verabschieden. Damit die Armee über die notwendigen Instrumente verfügt, um den Bedrohungen wirksam entgegen zu treten, sind mehrere Hauptsysteme der Armee in den kommenden Jahren zu ersetzen. Mit der Armeebotschaft 2020 beantragt der Bundesrat dem Parlament erste dazu notwendige Verpflichtungskredite und den Zahlungsrahmen der Armee für die Jahre 2021 bis 2024. Weiter wird der Bundesrat 2020 über einen Bericht zur Alimentierung von Armee und Zivilschutz befinden. Im Bericht werden insbesondere die Fragen behandelt, wie mittel- und langfristig genügend Dienstpflichtige und Freiwillige rekrutiert werden können und wie sichergestellt werden kann, dass deren Kompetenzen und deren Anzahl den Bedürfnissen von Armee und Zivilschutz entsprechen.

In der **Agrarpolitik** wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zur Agrarpolitik ab 2022 verabschieden. Mit der Agrarpolitik ab 2022 soll die Agrarpolitik in den Bereichen Markt, Betrieb und Umwelt weiterentwickelt werden. Die agrarpolitischen Rahmenbedingungen sollen so angepasst werden, dass die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft zukünftige Chancen eigenständiger und unternehmerischer nutzen kann.

In der **Energiepolitik** wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zur Revision des Stromversorgungsgesetzes verabschieden. Mit dieser Revision strebt der Bundesrat Anpassungen in der Ausgestaltung des Strommarkts an mit dem Ziel, langfristig die Versorgungssicherheit zu garantieren, die wirtschaftliche Effizienz zu steigern sowie die Marktintegration der erneuerbaren Energien zu fördern. Weiter wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zum neuen Gasversorgungsgesetz verabschieden. Ziel der Vorlage ist es, die Rahmenbedingungen für die Gasversorgung und den Gasmarkt in der Schweiz zu setzen und Rechtssicherheit zu schaffen.

In der **Umweltpolitik** wird der Bundesrat 2020 die Botschaft zur Revision des Umweltschutzgesetzes verabschieden. Die Lärmschutzvorschriften sollen dahingehend geändert werden, dass in lärmbelasteten Gebieten die raumplanerisch geforderte Siedlungsverdichtung nach innen möglich und dem Schutz der Bevölkerung vor Lärm Rechnung getragen wird.

In der **Klimapolitik** wird der Bundesrat 2020 eine langfristige Klimastrategie verabschieden, die im Einklang mit den Zielen des Übereinkommens von Paris steht und den Möglichkeiten der Schweiz Rechnung trägt. Weiter wird der Bundesrat 2020 – abhängig vom weiteren Verlauf der parlamentarischen Beratungen zur Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes – die Vernehmlassung über die Ausführungsbestimmungen des totalrevidierten CO<sub>2</sub>-Gesetzes eröffnen, oder – falls sich die parlamentarischen Beratungen verzögern – Änderungen der CO<sub>2</sub>-Verordnung zur Verlängerung

der befristeten klimapolitischen Instrumente und der Steuererleichterungen für biogene Treibstoffe erlassen.

In der **Raumplanung** wird der Bundesrat 2020 das aktualisierte Landschaftskonzept Schweiz verabschieden. Dieses legt als Planungsinstrument des Bundes den Rahmen für eine kohärente und qualitätsbasierte Entwicklung der Schweizer Landschaften fest und leistet einen Beitrag unter anderem zu klimaschonendem Verhalten und zur Erhaltung der Biodiversität.

In der **Nachhaltigkeitspolitik** wird der Bundesrat 2020 die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 verabschieden und darin die Ziele und strategischen Stossrichtungen für die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bis 2030 festlegen. Gleichzeitig wird er einen Aktionsplan 2020–2023 mit Massnahmen für die Legislatur beschliessen.

Im Bereich **Cyber-Risiken** wird der Bundesrat 2020 einen Bericht gutheissen, in dem aufgezeigt werden soll, wie im rasant wachsenden Bereich der ans Internet angebotenen Geräte (Internet of Things) die Sicherheit dieser Geräte erhöht und ihr Missbrauch für Cyberkriminalität erschwert werden kann.